

Runderlaß des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2973/65 geheim
Fernschreiben Nr. 5029

Aufgabe: 23. Dezember 1965, 15.29 Uhr

Betr.: Bundeskanzler-Besuch in Washington¹

Ich habe den französischen Botschafter², der darum bat, heute wie folgt unterrichtet³:

1) Die Amerikaner seien sehr stark mit der Situation in Vietnam⁴ beschäftigt. Wir würden ihnen moralische Unterstützung geben und faßten eine weitere wirtschaftliche und vielleicht auch medizinische Unterstützung der Regierung Südvietnams⁵ ins Auge.

2) In der Frage der Nichtverbreitung nuklearer Waffen drängten die Amerikaner nicht.⁶ Der Bundeskanzler habe erklärt, daß wir einen Beitritt zu einem Verträge über die Nichtverbreitung nur ins Auge fassen könnten, wenn die NATO-internen nuklearen Probleme zuvor gelöst seien.⁷

Auch die Amerikaner erkannten an, daß die NATO eine Priorität vor dem Nichtverbreitungskomplex habe.

3) Was die NATO-internen nuklearen Probleme betreffe, so wisse die französische Regierung, daß wir die Schaffung einer Streitmacht anstrebten, in der nukleare und nichtnukleare Partner der NATO zusammenwirkten.⁸ Die Amerikaner hätten Verständnis für diese unsere Haltung gezeigt. Zu definitiven Absprachen oder Entscheidungen sei es jedoch erwartungsgemäß nicht gekommen. Die Dinge würden weiter behandelt werden.

¹ Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 20. Dezember 1965 vgl. Dok. 465–469.

² François Seydoux.

³ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Carstens zurück. Vorher lautete er: „Ich habe den französischen Botschafter, der mich dieserhalb aufsuchte, heute unterrichtet und dabei die Akzente wie folgt gesetzt“.

⁴ Zur Situation in Vietnam vgl. Dok. 465 und Dok. 467.

⁵ Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Knapstein, Washington, vom 11. Januar 1966; AAPD 1966.

⁶ Zur amerikanischen Haltung gegenüber einem Nichtverbreitungsabkommen vgl. auch Dok. 449.

⁷ Vgl. dazu Dok. 466.

Am 22. Dezember 1965 unterrichtete Staatssekretär Carstens die Botschaften in Rom und Den Haag über die Haltung, die der Bundeskanzler zu dieser Frage gegenüber Präsident Johnson eingenommen hatte. Erhard habe die Einsetzung des „special committee“ begrüßt, jedoch zu bedenken gegeben, „daß die zu erwartenden Ergebnisse allein nicht genügen würden, um die nukleare Frage insgesamt in befriedigender Weise zu lösen“. Die Bundesregierung sei der Auffassung, „daß eine gemeinsame nukleare Streitmacht errichtet werden sollte, die SACEUR unterstellt werden, im gemeinsamen Eigentum und unter gemeinsamer Verwaltung der daran beteiligten Partner stehen und über deren Einsatz die Partner gemeinsam entscheiden sollten“. Eine gewisse Flexibilität sei „hinsichtlich der Frage des Trägersystems oder einer Kombination von Trägersystemen“ gezeigt worden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 5003; VS-Bd. 431 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

⁸ Vgl. dazu Dok. 389 und Dok. 401.

4) Was die Kennedy-Runde⁹ anlange, so müßten wir erkennen, daß der Trade Expansion Act¹⁰ am 30. Juni 1967 ablaufen werde. Eine Verlängerung erscheine kaum möglich. Umso notwendiger sei es, daß wir, d. h. alle EWG-Partner¹¹, die Verhandlungen im GATT über die Kennedy-Runde beschleunigten, sonst würde eine einzigartige Chance für den Abbau unnötiger Schranken des Welthandels verloren gehen.

Ich bitte Sie, bei etwaigen Gesprächen mit französischen Kollegen sich an meine vorstehenden Ausführungen zu halten.

Carstens¹²

VS-Bd. 431 (Büro Staatssekretär)

477

Botschafter Groepper, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10653/65 geheim
Fernschreiben Nr. 1508

Aufgabe: 23. Dezember 1965, 19.35 Uhr
Ankunft: 23. Dezember 1965, 19.30 Uhr

Im Anschluß an DB Nr. 1509 vom 23. 12. VS-vertraulich¹

In gestriger Besprechung Kohlers mit Gromyko kam das Gespräch, wie bereits berichtet, auch auf das Problem der Nichtverbreitung von Atomwaffen. Kohler fragte in diesem Zusammenhang den Außenminister, ob er bereits das Kommuniqué über die Besprechungen Erhard–Johnson gelesen habe, in dem nach seiner Auffassung das Ziel der Nichtverbreitung klar zum Ausdruck gekommen sei.² Gromyko habe darauf erwidert, daß er das Kommuniqué zwar noch nicht gelesen habe, aber nicht glaube, daß er Kohlers Beurteilung werde zustimmen können. Er sei dann wieder auf die „terrible Germans“ zu sprechen gekommen und hätte die verschiedenen Möglichkeiten atomarer Beteiligung

⁹ Zum Stand der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. Dok. 465, Anm. 9.

¹⁰ Zum Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 47, Anm. 7.

¹¹ Die Wörter „d. h. alle EWG-Partner“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „alle“.

¹² Paraphe vom 23. Dezember 1965.

¹ Botschafter Groepper, Moskau, berichtete über ein Gespräch des sowjetischen Außenministers Gromyko mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Kohler. Vgl. VS-Bd. 3121 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

² Im Kommuniqué vom 21. Dezember 1965 wurde dazu festgestellt: „Der Präsident und der Bundeskanzler bestätigten übereinstimmend den Grundsatz der Nichtverbreitung nuklearer Waffen in die nationale Verfügungsgewalt von Staaten. Sie waren der Ansicht, daß nukleare Abmachungen des Bündnisses keine Verbreitung nuklearer Waffen darstellen, vielmehr zu dem Ziel beitragen würden, die Verbreitung nuklearer Waffen zu verhindern.“ Vgl. BULLETIN 1965, S. 1613. Vgl. dazu auch Dok. 468, Anm. 9.

wie MLF, ANF, McNamara-Committee³ aufgezählt. Als Kohler ihn darauf gefragt habe: „Wenn wir konsultieren, glauben Sie, daß das Zugang (zur Atomwaffe) ist?“, habe Gromyko geantwortet, „Politische Konsultation bedeutet Zugang!“⁴

In heutiger Botschafterbesprechung waren wir uns darüber einig, daß diese Formulierung erheblich klarer ist als die bisher bekanntgewordenen Äußerungen von maßgeblicher sowjetischer Seite zu diesem Punkt.⁵ Britischer Gesandter⁶ erwähnte in diesem Zusammenhang, daß die Sowjets während des Besuchs Stewarts⁷ Interesse an näheren Auskünften über das McNamara-Committee gezeigt hätten.

Gromyko hat dies gestern nach Mitteilung Kohlers nicht getan. Er hat seinerseits jedoch erneut erklärt, daß die Sowjetregierung an der Nichtverbreitung von Atomwaffen interessiert und damit einverstanden sei, daß die entsprechenden Gespräche im Januar in Genf fortgesetzt würden.⁸ Zur Zeit sei die Tür noch offen, aber „anything which will give access to the Germans will close the door“.

[gez.] Groepper

VS-Bd. 4041 (II 8/II.B 1)

³ Zum Stand der Beratungen in der NATO über eine nukleare Beteiligung der nicht-nuklearen Staaten vgl. auch Dok. 473.

⁴ Dem britischen Außenminister Stewart gegenüber bezeichnete der sowjetische Außenminister das geplante „special committee“ als „Produkt deutscher Pression“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 7. Dezember 1965 über Informationen des britischen Gesandten Tomkins; VS-Bd. 3122 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

⁵ Vgl. dazu zuletzt Dok. 453.

⁶ Thomas Brimelow.

⁷ Zum Besuch des britischen Außenministers vom 29. November bis 2. Dezember 1965 in der UdSSR vgl. Dok. 447.

⁸ Zu den Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. weiter die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 28. Februar 1966; AAPD 1966.

Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10704/65 geheim
Fernschreiben Nr. 3168
Cito

Aufgabe: 28. Dezember 1965, 17.50 Uhr¹
Ankunft: 29. Dezember 1965, 01.18 Uhr

Betr.: Austausch von Manöverbeobachtern mit der Sowjetunion

Botschafter Thompson bat mich heute persönlich zu sich, um mir streng vertraulich folgendes mitzuteilen:

Das Thema, über das er mit mir sprechen wolle, sei kürzlich auf dem Andrews Air Force Flugplatz schon kurz zwischen dem Secretary of State und dem Bundesaußenminister besprochen worden. Die Herren hätten aber vereinbart, das Gespräch auf diplomatischem Wege fortzuführen. Dies sei der Zweck der heutigen Mitteilungen.

Am 11. Oktober dieses Jahres habe der sowjetische Marschall Gretschnko, der Oberbefehlshaber der Truppen des Warschauer Paktes, bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung einem maßgebenden Amerikaner gegenüber (es wurde nicht gesagt, wer das war) den Vorschlag gemacht, man solle bei Manövern des Warschauer Paktes oder der NATO Beobachter miteinander austauschen. Wenn die amerikanische Seite das nicht für möglich halte, so könnte man einen solchen Austausch von Manöverbeobachtern auch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion allein vereinbaren; das hieße, daß bei sowjetischen Manövern amerikanische Offiziere anwesend sein würden und umgekehrt.

Sechs Wochen später habe ein hoher Beamter des sowjetischen Verteidigungsministeriums gegenüber dem zuständigen Beamten der amerikanischen Botschaft in Moskau angefragt, ob die amerikanische Seite sich die Anregung des Marschalls Gretschnko schon überlegt habe. Man habe darauf, so sagte Thompson, noch nicht geantwortet, müsse sich aber doch eine Antwort in absehbarer Zeit überlegen. An sich sei die amerikanische Seite an dem Vorschlag nicht uninteressiert, weil sie glaube, durch Teilnahme von Beobachtern an Manövern der anderen Seite mehr Gewinn zu haben als die Sowjets oder die Warschauer-Pakt-Mächte bei Manövern des Westens. Man wolle sich aber auf einen Austausch von Manöverbeobachtern nicht einlassen, ohne vorher eingehend mit den Verbündeten konsultiert zu haben. Man habe den Vorgang bisher mit keinem der Verbündeten besprochen, auch nicht mit den Engländern.² Auch werde man nach einer ersten Konsultation gegebenenfalls die Sache erst im NATO-Rat vorbringen.

¹ Hat Bundesminister Schröder am 14. Januar 1966 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Botschafter McGhee hat mich auf unsere Stellungnahme angesprochen – bitte um Unterrichtung.“ Hat Carstens am 18. Januar 1965 vorgelegen, der das Wort „Unterrichtung“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Frau Nuphaus: Was heißt []?“

² Am 16./17. Dezember 1965 führte Premierminister Wilson Gespräche in Washington. Vgl. dazu Dok. 452, Anm. 7.

Thompson bat dann um eine Meinungsäußerung der Bundesregierung zu der doppelten Frage:

a) Wie würden wir einen Austausch von Manöverbeobachtern zwischen der NATO und den Warschauer-Pakt-Staaten bei gemeinsamen Manövern der einen oder anderen Seite beurteilen?

b) Wie würden wir den Austausch von Manöverbeobachtern zwischen der Sowjetunion und den USA beurteilen, wobei konkret anzunehmen sei, daß im Falle des Zustandekommens einer solchen Vereinbarung amerikanische Beobachter an Manövern der Sowjettruppen in der Zone teilnehmen würden, während andererseits sowjetische Beobachter an Manövern der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik teilnehmen würden. In letzterem Falle sei anzunehmen, daß die Manöver auf beiden Seiten in kleinerem Umfange und ohne Teilnahme der beiderseitigen Verbündeten stattfinden würden.

Zur ersten Frage habe ich gesagt, daß ich vermutete, daß uns ein Austausch von Manöverbeobachtern zwischen der NATO und den Warschauer-Pakt-Staaten keineswegs sympathisch sein würde, da wir es immer ablehnten, NATO und Warschauer Pakt auf die gleiche Stufe stellen zu lassen. Außerdem würde dabei die Frage der Teilnahme von Offizieren der sowjetzonalen Volksarmee an NATO-Manövern in der Bundesrepublik aufkommen. Das sei eine Situation, die wir sicherlich lieber von vornherein vermeiden möchten.

Zu der zweiten Frage eines Austausches von Manöverbeobachtern lediglich zwischen der Sowjetunion und den USA hätte ich die Befürchtung, daß eine entsprechende Vereinbarung den in Europa umgehenden Gerüchten über ein amerikanisch-sowjetisches Zusammenspiel neue Nahrung geben könnte und daß dann die militärischen Erkenntnisse in keinem Verhältnis zu dem politischen Schaden stehen würden. Außerdem nähme ich an, daß Manöver der zweiten Art mehr oder weniger „potemkinsche“ Manöver sein würden, bei denen jede Seite nur das zeigen würde, was die andere Seite sehen sollte, und alles ferngehalten würde, was man nicht vorzeigen wolle. Der militärische Erkenntniswert solcher Manöver würde dann sehr minimal sein.

Ich habe Thompson gegenüber hervorgehoben, daß das alles nur meine persönliche Reaktion auf die Vorschläge sei, daß ich aber ausführlich nach Bonn berichten würde und ihn über die Meinung der Bundesregierung zu den gestellten Fragen so bald wie möglich orientieren würde.³

Ich wäre für baldige Weisung⁴ dankbar.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 8501 (Ministerbüro)

³ Vgl. weiter das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee am 14. Januar 1966 sowie die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes vom 18. Januar 1966; AAPD 1966.

⁴ Vgl. den Drahterlaß Nr. 16 des Botschafters Schnippenkötter vom 7. Januar 1966 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. ferner den Drahterlaß Nr. 33 des Ministerialdirigenten Ruete vom 13. Januar 1966 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Osterheld, Bundeskanzleramt¹

VS-vertraulich

29. Dezember 1965

Am Nachmittag des 20. Dezembers 1965 empfing der Herr Bundeskanzler im Blair House in Washington eine Abordnung von B'nai Brith², Herrn Meany und Herrn Dean Acheson.

1) Der Vorstand von B'nai Brith hatte über unsere Botschaft Washington um einen 10minütigen Empfang durch den Herrn Bundeskanzler gebeten, damit sich der neue Präsident, Herr Wexler, dem Herrn Bundeskanzler bekanntmachen könne. Herr W. war begleitet von den Herren Kaufmann und Weinstein. Nach kurzer Vorstellung benutzten die Herren die Gelegenheit, um den Herrn Bundeskanzler auf die schwerwiegenden Folgen hinzuweisen, die eine Kürzung der Wiedergutmachungsleistungen auf Grund der deutschen Haushaltslage³ nach sich ziehen werde.⁴ Sie brachten die bekannten Argumente vor.

Gleichzeitig setzten sie sich dafür ein, daß auch die deutsche Hilfe an Israel in erheblich größerem Umfange gegeben werden solle, als dies von der Bundesregierung augenscheinlich geplant sei.⁵

Der Herr Bundeskanzler legte die Gründe dar, die zu dem Haushaltssicherungsgesetz⁶ geführt hatten und erwähnte, daß man für „Härfälle“ beim

¹ Durchdruck.

Der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, leitete die Aufzeichnung am 30. Dezember 1965 an das Ministerbüro.

Hat Bundesminister Schröder am 6. Januar 1966 vorgelegen.

² Der „Independent Order of B'nai Brith“ („Söhne des Bundes“) wurde 1843 in New York als jüdische Wohltätigkeitsorganisation gegründet. Eines der Ziele des in Logen organisierten Verbandes war die weltweite Verbreitung jüdischer Erziehung und Kultur.

³ Zur beabsichtigten Kürzung der Wiedergutmachungsleistungen vgl. Dok. 439, Anm. 10.

⁴ Zur Reaktion jüdischer Verbände und Organisationen auf die geplanten Kürzungen vgl. auch Dok. 441.

Ministerialdirektor Thierfelder informierte am 16. Dezember 1965, daß aufgrund eines Abkommens von 1959 B'nai Brith eine Entschädigung von 10 Mio. DM erhalten sollte „als Entschädigung für das jüdischen Logen in Deutschland entzogene Eigentum“. Davon seien 2,5 Mio. DM noch zu zahlen: „Nach der Novelle zum Bundesrückerstattungsgesetz kann diese Summe ab Januar 1966 gezahlt werden, wenn B'nai Brith als Organisation anerkannt wird, die „ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dient.“ Andernfalls kann die Zahlung nicht vor 1967 bewirkt werden. Im Bundesministerium der Finanzen wird zur Zeit (anscheinend mit positiver Tendenz) geprüft, ob die Restzahlung Anfang 1966 erfolgen kann.“ Vgl. Referat II A 6, Bd. 168.

⁵ Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Israel vgl. zuletzt Dok. 474.

⁶ Vgl. dazu Dok. 439, Anm. 9.

Wiedergutmachungsschlußgesetz eine Regelung finden werde⁷, wodurch die Empfänger in den ungeschmälernten Genuß der Zahlungen kommen würden; die Renten würden sowieso unverändert weitergezahlt werden.

Die Vertreter von B'nai Brith, denen die Regelung für „Härtefälle“ anscheinend unbekannt gewesen war, zeigten sich davon sehr beeindruckt und sagten, daß damit ihrem Hauptanliegen Genüge getan sei. Herr Kaufmann versuchte dann noch, eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich der besonderen Art der Verpflichtungen zu erhalten, die Deutschland Israel schulde, weshalb auch die deutschen Leistungen an Israel nicht mit Leistungen an Entwicklungsländer verglichen werden könnten.⁸ Der Herr Bundeskanzler fand sich zu einer solchen Erklärung nicht bereit.

Die Vertreter von B'nai Brith und der Unterzeichnete einigten sich für Verlautbarungen gegenüber der Presse dahin, daß 1) der neue Präsident von B'nai Brith sich dem Herrn Bundeskanzler habe vorstellen wollen, 2) daß er die Sorgen seiner Vereinigung hinsichtlich etwaiger Kürzungen der deutschen Wiedergutmachungsleistungen und der Israelhilfe vorgetragen habe, 3) daß der Herr Bundeskanzler die Gründe für das Haushaltssicherungsgesetz dargelegt habe, zugleich aber auch die Sonderregelung für „Härtefälle“, 4) daß diese letzte Regelung von den Vertretern von B'nai Brith mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen sei.

2) Zu Anfang seines Gesprächs mit dem Vorsitzenden der AFL/CIO⁹, Meany, dankte der Herr Bundeskanzler für die sehr positive Erklärung, die die amerikanische Gewerkschaft vor kurzem wieder zur Deutschland- und Berlinfrage abgegeben hatte.¹⁰

Der Unterzeichnete war im weiteren Verlauf des etwa 25minütigen Gesprächs nicht zugegen; u. a. erläuterte der Herr Bundeskanzler Herrn Meany seine Vorstellungen von der Formierten Gesellschaft.¹¹

⁷ Vgl. dazu Dok. 452, Anm. 16.

⁸ Vgl. dazu bereits Dok. 380, besonders Anm. 18.

⁹ American Federation of Labor and Congress of Industrial Organization.

¹⁰ Zum Abschluß des Kongresses des amerikanischen Gewerkschaftsbundes in San Francisco verabschiedete die AFL/CIO am 15. Dezember 1965 einstimmig eine Resolution „zu Fragen der NATO und der deutschen nuklearen Mitverantwortung“. Gesandter von Lilienfeld, Washington, übermittelte am 16. Dezember 1965 den Wortlaut der Resolution und stellte dazu fest: „Die gegen Deutschland und eine deutsche nukleare Mitverantwortung gerichteten sowjetischen Angriffe werden unter weitgehender Verwendung deutscher Argumente zurückgewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3099; Referat II 8, Bd. 50.

Ministerialdirektor Krapf hob am 17. Dezember unter den Forderungen und Thesen der amerikanischen Gewerkschaft hervor: „Deutschland erstrebt keine nationale Verfügungsgewalt über Kernwaffen. Es würde auch weder in der MLF noch in einem anderen ‚Integrierten Waffensystem‘ (IWS) diese erwerben. Deutschland hat auf das Mittel der Gewalt zur Erreichung der Wiedervereinigung verzichtet und alle seine Streitkräfte in der NATO integriert. Die Sowjetunion brauchte nur freien gesamtdeutschen Wahlen zuzustimmen, und das Problem der Schaffung einer MLF bestünde nicht mehr.“ Vgl. Referat II 8, Bd. 50.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 18.

3) Herr Dean Acheson überreichte zu Anfang seines Besuchs (ca. 20 Minuten) dem Herrn Bundeskanzler die neueste Nummer von „Foreign Affairs“, in der er einen Artikel veröffentlicht hat: „Europe: decision or drift“.¹² Herr Acheson sagte sodann, hinsichtlich des NVA¹³ sollten wir keine Konzessionen machen. Die SU sei an der Nichtverbreitung ebenso interessiert wie die anderen Staaten; dafür brauche man keinen Preis zu zahlen. Er, Acheson, sei auch sehr für eine deutsche nukleare Beteiligung, wie sie dem Herrn Bundeskanzler vorschwebte.¹⁴ Voraussetzung sei eine enge Zusammenarbeit zwischen den USA, Großbritannien und Deutschland. Eine Verständigung zwischen den drei Mächten sei der Schlüssel für die Erhaltung von NATO und auch für klare Verhältnisse in Europa. Mit den Vertretern von 15 Ländern sei eine Einigung über wichtige Fragen kaum zu erreichen; man müsse zu dritt anfangen; dann werde man die Zustimmung der übrigen 12 leichter erhalten. Über die Wiedervereinigung höre man nur noch allgemeine Redewendungen. Man solle intern einen Plan aufstellen, welche Schritte auf lange Sicht hin für die Wiedervereinigung günstig und welche nachteilig seien. Im Grunde seien daran weder Frankreich noch England noch Italien noch andere interessiert, eigentlich nur Deutschland und die USA. Man müsse nun versuchen, Großbritannien dafür zu gewinnen. Seine Finanzlage sei sehr schlecht¹⁵ und werde ohne Deutschland nicht gefestigt werden können. Man könne dies unauffällig miteinander verbinden. In der Frage der Wiedervereinigung müßten die Deutschen die Gesprächsführung übernehmen. Der Herr Bundeskanzler, der Herrn Acheson für seine Ausführungen sehr dankte, lud ihn zu einem Besuch in Bonn 1966 ein. Herr Acheson nahm dankend an.

Osterheld

VS-Bd. 8514 (Ministerbüro)

¹² Vgl. FOREIGN AFFAIRS 44 (1965/66), Heft 2, S. 198–205.

¹³ Zum Stand der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 386 und Dok. 396.

¹⁴ Vgl. dazu Dok. 466, Anm. 9.

¹⁵ Vgl. dazu Dok. 417, Anm. 20.

**Botschafter a. D. Duckwitz, Bremen,
an Bundesminister Schröder**

30. Dezember 1965¹

Verehrter, lieber Herr Bundesminister:

Im Anschluß an mein Schreiben vom 19. Dezember erlaube ich mir, Ihnen in der Anlage meine Gedanken zur deutschen Außenpolitik in Form einer Aufzeichnung vorzulegen. Neben dem in Ihren Händen befindlichen Original gibt es nur eine Kopie, die ich in einem Safe verwahre. Nicht, weil ich meiner Aufzeichnung einen übermäßigen Wert beimesse, sondern weil Gedanken dieser Art, kommen sie in unverantwortliche Hände, schweres Unheil anrichten können. Es scheint mir überhaupt von größter Wichtigkeit, daß, sofern Sie diese Gedanken oder einen Teil von ihnen zu realisieren gedenken, der Mitwisserkreis von Anfang an auf ein Minimum beschränkt wird.

Ich darf mir noch zwei Bemerkungen erlauben:

1) Vor meiner Ausreise nach Indien im Juli 1961² habe ich Ihren Vorgänger, Herrn von Brentano, beschworen, auf den Bundeskanzler einzuwirken, daß er bei seinem Abschied aus dem Amt sozusagen als eine Art politisches Testament dem deutschen Volk über Rundfunk und Fernsehen die Wahrheit über die außenpolitische Situation der Bundesrepublik und über die nüchterne Tatsache, daß wir die Rechnung für den letzten Krieg noch keineswegs bezahlt haben, sagen sollte. Adenauer hat dies, wie mir Herr von Brentano später erzählte, brüsk abgelehnt. Er begründete dies mit der Rücksichtnahme auf irgendwelche bevorstehenden Wahlen und damit, daß man von ihm nicht verlangen könne, auf Vorschuß die Kastanien für einen Nachfolger aus dem Feuer zu holen. – Für mich hat sich dadurch nur das Bildnis des „Staatsmannes“ Adenauer abgerundet.

2) Es scheint mir unerläßlich, daß Sie, sofern Sie überhaupt der Realisierung der in meiner Aufzeichnung wiedergegebenen Gedanken nähertreten wollen, mit der SPD Fühlung nehmen. Es geht nicht an, daß die SPD Ihnen unter Umständen in den Rücken fällt, aus welchen Gründen auch immer. Die grundsätzliche Zustimmung der SPD muß gesichert sein; die Gegnerschaft wird wohl eher aus Ihren eigenen Reihen kommen. Ich habe soviel Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein von Männern wie z. B. Erler und Wehner, daß sie Ihr berechtigtes Verlangen nach absoluter Vertraulichkeit respektieren.

Zum Schluß möchte ich nochmals betonen, daß die von mir notwendigerweise stark gerafften Gedankengänge im ganzen und im Detail naturgemäß noch eingehender Diskussionen bedürfen. Sie können in dieser Form nur ein Leitbild sein, das zu entwerfen selbst demjenigen, der sich schon seit Jahren mit

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Georg Ferdinand Duckwitz war vom 12. Juli 1961 bis zum 31. August 1965 Botschafter in Neu Delhi.

diesen Gedanken befaßt, nicht leichtfällt. Meine Rechtfertigung ist meine feste Überzeugung, daß dieser Weg versucht werden muß.

Ich bin wie immer

Ihr ganz ergebener

G. F. Duckwitz

[Anlage]

Aufzeichnung

I. Ausgangsbetrachtung

Die Wiedervereinigung ist das erste und vornehmste Ziel jeder deutschen Außenpolitik. Fast alle außenpolitischen Handlungen der Bundesregierung stehen unter ihrem Aspekt und werden von ihr beeinflusst. Wir sind diesem Ziel heute ferner denn je. Wir müssen außerdem zur Kenntnis nehmen, daß wir bei der Erreichung dieses Ziels auf keine nennenswerte Unterstützung unserer Verbündeten rechnen können. Was wir hören, sind leidenschaftslose Lippenbekenntnisse; die ernsthafte Absicht, uns in unserem Kampf um die Wiedervereinigung zu unterstützen, ist, mit Ausnahme einer politisch zwar nicht einflußlosen, aber kleinen Gruppe in den USA, weder in Frankreich noch in England noch im allgemeinen in den USA vorhanden. Wir stehen somit in diesem Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands allein.

Da wir die Wiedervereinigung aus eigener Kraft, d. h. ohne Unterstützung fremder Mächte, – selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang nicht an einen Krieg gedacht, den kein Land, auch die Bundesrepublik nicht, um der Wiedervereinigung willen zu führen gedenkt – nicht herbeiführen können, müssen wir aus der oben dargelegten Erkenntnis die Lehre ziehen, daß die bisher angewandten Mittel unzureichend waren und daß wir bei einer Fortsetzung der bisherigen Politik unserem erklärten Ziel keinen Schritt näher kommen. Im Gegenteil: das Staatsgefüge der DDR konsolidiert sich von Jahr zu Jahr, die wirtschaftliche Attraktion der Bundesrepublik wird zunehmend geringer, im neutralen und freundlich gesonnenen Ausland festigt sich die Überzeugung von der faktischen Existenz zweier deutscher Staaten mehr und mehr.

Die deklamatorischen Äußerungen der Bundesregierung, deutscher Politiker und einschlägiger Organisationen zur Frage der Wiedervereinigung werden zur Kenntnis und zu den Akten genommen. Das Fehlen neuer konstruktiver Ideen, verbunden mit dem negativen Echo, das in der Bundesrepublik unweigerlich jedem Versuch folgt, neue Wege zu erschließen oder auch nur mehr Bewegungsfreiheit in der Außenpolitik zu erlangen³, d. h., sich von den lieb gewonnenen Dogmen vergangener Jahre zu lösen, hat in der Welt berechtigte Zweifel darüber aufkommen lassen, ob das deutsche Volk eine Änderung

³ Vgl. dazu etwa die Reaktion auf das Interview des Bundesministers Schröder vom 21. Mai 1965 zur Ostpolitik; Dok. 229, Anm. 21.

des derzeitigen Zustandes überhaupt mit Ernst und Nachdruck herbeiführen will.

II. Moskau in der Schlüsselposition; Versuch eines Gespräches

Die Machtverhältnisse, die bisher die Frage der Wiedervereinigung maßgeblich bestimmten, sind unverändert geblieben: auch heute noch liegt der Schlüssel zur Lösung dieses Problems im Kreml. An ihn sind – direkt oder indirekt – unsere Vorstellungen zu richten. Da diese Vorstellungen, wie unten näher ausgeführt wird, in den Rahmen der amerikanischen und sowjetischen Entspannungsbemühungen einzufügen sind, ja, sogar vielleicht ihr wesentlichster Bestandteil werden können, ist zu überlegen, unsere Vorschläge über die Amerikaner an die Russen heranzubringen, zumal anzunehmen ist, daß die Amerikaner sie sich vollinhaltlich und aus wirklicher Überzeugung zu eigen machen werden. Sie müssen ferner so beschaffen sein, daß die Engländer und die Franzosen nicht umhin können, ihre zwar nicht ausgesprochene, aber grundsätzlich vorhandene ablehnende Haltung in der Wiedervereinigungsfrage aufzugeben oder doch zu rektifizieren.

Das Interesse Moskaus an der DDR hat schwerwiegende politische, wirtschaftliche und militärische Gründe.

Sie zu entkräften bedarf erheblicher Opfer unsererseits. Deshalb bleibt zunächst die Vorfrage zu klären, ob die Opfer das angestrebte Ziel lohnen. Ich meine, ja. Allerdings müssen wir uns von der irrigen Vorstellung frei machen, daß Antikommunismus bereits Politik bedeutet. Vielleicht schon – dann aber schlechte, kurzsichtige Politik. Der Kommunismus als Lebens- und Staatsform, in welchen Variationen auch immer, ist aus der weltgeschichtlichen Entwicklung nicht mehr wegzudenken. Wir müssen mit ihm leben. Wir müssen, um unserer eigenen Ziele willen, versuchen, mit ihm eine Basis gegenseitigen Vertrauens zu finden. Es wird ein mühseliger Weg voller Rückschläge sein, bevor wir die Barrieren der Angst und des Mißtrauens abgebaut haben. Aber es gibt auf die Dauer keinen anderen Weg. Das hat uns die jüngste Vergangenheit zur Genüge gelehrt.

Ich glaube nicht an die Stichhaltigkeit des Arguments, daß die Sowjets eines Tages durch die mögliche Auseinandersetzung mit China gezwungen sein werden, uns das zu geben, was sie uns heute verweigern. Dieses Argument ist gefährlich, weil es einer tödlichen Passivität auf unabsehbare Zeit Vorschub leistet. Außerdem: kommt diese Auseinandersetzung überhaupt? Und wenn ja, wann? Und wird nicht gerade dann die Sowjetunion den größten Wert darauf legen müssen, sich das Wirtschaftspotential der DDR uneingeschränkt zu sichern, den Druck in der Zone – und vermutlich auch in Polen – aus Sicherheitsgründen zu verschärfen, anstatt dieses Gebiet freizugeben? Liegt es nicht näher anzunehmen, daß die USA Träger dieser Auseinandersetzung mit China werden?

Wunschdenken ist wie jede Form des Anti-ismus ein schlechter Ratgeber in der Politik. Gewiß wird es immer wieder Entwicklungen und Umwälzungen geben, die die Geschichte verändern. Sie sind jedoch zu unbestimmt – der Sache und der Zeit nach –, als daß wir das Recht hätten, die Durchsetzung unserer politischen Ziele von ihnen abhängig zu machen.

Die Zustimmung der Sowjets zur Wiedervereinigung, über deren praktische Modalitäten (freie Wahlen, Plebiszit, internationale Kontrolle u. a. m.)⁴ eine Einigung unschwer möglich sein sollte, wenn die Zustimmung zur Wiedervereinigung selbst grundsätzlich vorliegt, sollte auf folgender Basis versucht werden zu erreichen, einer Basis, die als ein Ganzes gesehen werden muß und die den vitalen sowjetischen Interessen an der DDR Rechnung trägt.

1) politisch

Das wiedervereinigte Deutschland schließt mit der Sowjetunion einen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Er regelt nicht nur die außenpolitischen Probleme wie Grenzziehung, Nichteinmischung etc., sondern auch die vorwiegend innenpolitischen Fragen einer weitgehenden Amnestie und der Wiederezulassung der Kommunistischen Partei.⁵ (Wenn ihre Stärke mit 20 % angenommen wird, so scheint dies hoch geschätzt. Sie würde keine Gefahr für den Bestand des Staates bedeuten.)

2) wirtschaftlich

Auf die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion muß durch ein großzügiges Angebot von Lieferungen, die wahrscheinlich als Lieferverpflichtungen stipuliert werden müßten, Rücksicht genommen werden. Die Abhängigkeit der sowjetischen Wirtschaft von den Lieferungen aus der DDR ist bekannt. Ihr ist Rechnung zu tragen. Ohne bestimmte und garantierte Zusagen werden die Russen niemals ihre Zustimmung geben. Sie werden vermutlich auch die Beibehaltung wesentlicher Elemente der heutigen Wirtschaftsstruktur der Zone verlangen. Auch in diesem Punkt sollte ihnen entgegengekommen werden, zumal unsere eigenen Überlegungen bereits dazu geführt haben, daß eine Umwandlung dieser Struktur in die Vorkriegsformen (Reprivatisierung der Staatsbetriebe) ohnehin kaum noch möglich ist.

Ein auf dieser Basis abgeschlossener Handelsvertrag würde in seinem Gefolge unweigerlich auch der deutschen Wirtschaft im Gebiet der heutigen Bundesrepublik große zusätzliche Möglichkeiten eröffnen.

3) militärisch

Die größten Schwierigkeiten werden sich aus den Konzessionen ergeben, die auf militärischem Gebiet, d. h. in den Fragen der Sicherheit, der Abrüstung und der Bewaffnung, ins Auge gefaßt werden müssen. Wir kommen um sie nicht herum. Jeder Versuch, in der Wiedervereinigungsfrage weiterzukommen, ist entscheidend abhängig von der Lösung dieses Problems. Wir werden ganz neue Wege, die weit entfernt von unseren bisherigen Vorstellungen liegen, gehen müssen.

Im Vordergrund unserer Überlegungen muß die Frage unserer eigenen Sicherheit wie die der Sowjetunion stehen. Die latente Angst und das tief ver-

⁴ Der Vorschlag freier Wahlen in ganz Deutschland unter internationaler Kontrolle wurde vom britischen Außenminister Eden auf der Berliner Außenministerkonferenz der Vier Mächte am 29. Januar 1954 vorgebracht. Er war Bestandteil der westlichen Vorschläge auch auf den Vier-Mächte-Konferenzen 1955 und 1959. Für den Wortlaut des „Eden-Plans“ vgl. VIERERKONFERENZ, S. 58.

⁵ Zum Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 17. August 1956 vgl. Dok. 225, Anm. 22.

wurzelte Mißtrauen der Sowjetunion müssen als psychologische Faktoren ersten Ranges berücksichtigt werden. Alle Überlegungen zu diesem Thema aber stehen und fallen mit der weitgehend dem nüchternen Urteil und dem Ermessen jedes einzelnen überlassenen Beantwortung der Frage, ob die Sowjetunion – auf einen einfachen Nenner gebracht – kriegerische Absichten hat oder ernstlich den Frieden will. Ich persönlich zweifle nicht daran, daß das Letztere der Fall ist. Das ist beileibe kein Wunschenken, sondern das Resultat eingehender Studien der Sowjetpolitik der letzten Jahrzehnte. Daran ändern auch die kriegerischen Manifestationen aller Art, von der Erhöhung der Militärbudgets über imponierende Paraden mit neuesten Waffen bis zu den sattsam bekannten Drohreden sowjetischer Politiker und Marschälle nichts. Sie dienen jeweils ganz bestimmten Zwecken und sind objektbedingt, aber nie auf einen allgemeinen Krieg ausgerichtet.

Eine Wiedervereinigung ohne Absicherung gegen neu erwachte – tatsächliche oder vermeintliche – Eroberungsgelüste eines geeinten Deutschland ist nicht durchsetzbar. Den weitgehenden Wünschen der Sowjetunion und anderer Staaten zur Herstellung dieser Absicherung steht unser eigenes Sicherheitsbedürfnis gegenüber. Wenn wir aber davon ausgehen, daß die Sowjetunion eine kriegerische Auseinandersetzung nicht will, stellt sich die Frage, welches verteidigungsmäßige Minimum erforderlich ist, um unsere Sicherheit, soweit es diesen Begriff in unserem Zeitalter überhaupt noch gibt, zu gewährleisten.

Als militärischer Laie erlaube ich mir kein Urteil über den Nutzen oder die Effektivität des derzeitigen Waffen- und Menschenpotentials der NATO oder gar über die Notwendigkeit der Beibehaltung der heute zur Verfügung stehenden Waffen. Angesichts der widersprechenden Ansichten erscheint es mir notwendig, eine mit größtmöglicher Objektivität und profunden militärischen Kenntnissen ausgestattete Persönlichkeit als Gutachter heranzuziehen, der die Fragen zu beantworten hat, ob bei dem heutigen Stand der Waffentechnik das Vorhandensein von Atomwaffen in der Bundesrepublik überhaupt noch erforderlich ist. Ob nicht die Sicherheit der Bundesrepublik im Falle einer Aggression ebenso gut oder vielleicht besser (aus Gründen verminderter Verwundbarkeit) durch entfernter stationierte Atomwaffen erreicht werden kann? Ob nicht durch Verlagerung von Atomwaffen aus der Bundesrepublik eine verminderte Gefährdung der Menschen und der Einrichtungen in unserem Lande die Folge ist? Ob nicht, *rebus sic stantibus*, eine mit erstklassigen konventionellen Waffen ausgerüstete Verteidigungsmacht ihrer Aufgabe der Begegnung des ersten Angriffes auch gerecht wird?

Alle diese Fragen und noch einige mehr müßten einmal unter dem Gesichtspunkt der heutigen Waffentechnik objektiv untersucht werden. Fällt die Antwort so aus, wie ich vermute, liegt der Gedanke eines mitteleuropäischen Disengagements, einer so breit wie möglich angelegten atomwaffenfreien Pufferzone nahe. Der Rapackiplan⁶ enthält Elemente, die der Überlegung wert sind. Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine Aufzeichnung der damaligen Ost-

⁶ Zum Rapacki-Plan vgl. Dok. 152.

Abteilung des Auswärtigen Amts verweisen, die die Möglichkeit eines Über-Rapackiplanes aufzeigte. Die letzte technische Entwicklung hat m. E. diese Aufzeichnung, die meiner Erinnerung nach im Januar 1959 angefertigt wurde, nicht weniger aktuell gemacht. – Unser Interesse an gewissen Gedanken des Rapackiplanes sollte durch die äußerst widerwillig gegebene Zustimmung der Sowjetunion bestimmt nicht vermindert sein.

Die Zugehörigkeit zum nordatlantischen Verteidigungspakt darf kein Dogma sein. Fallen die Voraussetzungen für unsere Mitgliedschaft fort, besteht kein Anlaß, an ihm à tout prix festzuhalten. Eine Wiedervereinigung mit Mitgliedschaft in der NATO ist ohnehin undenkbar. Der nächste Schritt wäre die Zugehörigkeit zu einem Disengagement-Areal, das eine breite mitteleuropäische Zone umfaßt, die nach den ursprünglichen Vorstellungen vom 5. bis zum 35. Längengrad und vom 35. bis 75. Grad nördlicher Breite verläuft. Zur Absicherung unseres Sicherheitsbedürfnisses sollte eine Garantie durch die USA, möglicherweise auch durch England und Frankreich, angestrebt werden. Denkbar wäre auch eine Garantie der politischen Integrität aller in dieser Zone befindlichen Staaten durch die USA und die Sowjetunion.

Die Furcht der Russen gilt offenkundig den auf deutschem Gebiet stationierten bzw. in deutscher Hand vermuteten Atomwaffen. Ihnen diese Furcht zu nehmen, ist die wesentlichste Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Das in einer solchen atomwaffenfreien Zone liegende Risiko muß in Kauf genommen werden. Es scheint mir, wenn man überhaupt von der Möglichkeit eines Krieges ausgehen will, nicht größer als unter den heutigen Verhältnissen.

III. Ostblockstaaten

Die Russen spielen immer wieder und mit Erfolg bei den Ostblockstaaten die Karte des Mißtrauens und der Furcht vor der Bundesregierung aus. Der derzeitige aggressive Ton gegen die Bundesrepublik⁷ hat nicht zuletzt den Zweck, die Ostblockstaaten „bei der Stange zu halten“, bei denen die Tendenzen, sich wirtschaftlich mit dem Westen zu arrangieren, immer stärker werden. Es ist, im Interesse der Wiedervereinigung, unerlässlich, unseren Standpunkt und unsere Intentionen durch eine wirkliche, vollgültige Präsenz zu vertreten. In diesem Sinne können die Handelsmissionen⁸ nur ein Anfang sein. Sie müssen durch vollwertige diplomatische Vertretungen ersetzt werden, die keineswegs der sogenannten Hallsteindoktrin widersprechen. Die Absurdität unserer bisherigen Beziehungen zu diesen Staaten wird schon durch die Feststellung evident, daß wir den Alleinvertretungsanspruch erheben, aber die anderen, nämlich die DDR, vollgültig vertreten sind. Der immer wieder beschworenen Kettenreaktion anderer Staaten auf einen solchen Schritt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten kann durch entsprechende diplomatische Vorarbeit entgegengewirkt werden. Unsere Argumente sind einleuchtend; sie sind darüber hinaus geeignet, unseren Bemühungen, zur Entspannung beizutragen, Wahrheitsgehalt zu geben.

⁷ Vgl. dazu auch Dok. 428.

⁸ Zur Errichtung der Handelsvertretungen in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien vgl. Dok. 27, Anm. 20.

Vordringlich erscheinen mir zum Zwecke der Überwindung der zum Teil berechtigten Angstvorstellungen der Ostblockstaaten und der Entkräftung des immer wieder erhobenen Vorwurfs des Revanchismus

1) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens⁹

2) die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.¹⁰

Ohne auf die ohne Zweifel berechtigten historischen Einwendungen oder das verschwommene „Recht auf Heimat“ einzugehen, halte ich mich an folgende politische Überlegungen:

Wir haben den letzten Krieg vom Zaun gebrochen. Dafür muß nun einmal bezahlt werden. Das Abkommen der Alliierten bejaht die Entschädigung der Polen für ihre im Osten verlorengegangenen Gebiete durch entsprechenden Gebietszuwachs im Westen.¹¹ Die endgültige Regelung dieses von allen als berechtigt anerkannten polnischen Anspruchs soll in einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung erfolgen. Die DDR hat bereits feierlich zugestimmt.¹² Wir weigern uns unter Hinweis auf einen materiell gänzlich wertlosen Vorbehalt. Wir wissen, daß wir in dieser Frage völlig allein stehen. Für die Welt, einschließlich unserer Verbündeten, ist die Oder-Neiße-Grenze die endgültige westliche Grenze Polens.¹³ Ein Friedensvertrag, hinter dem wir uns verschanzen, wird nur den jetzigen Zustand bestätigen. Unser Einverständnis wird somit nicht mehr Gegenstand eines „Aushandelns“ sein können. Es würde nur mit der Bemerkung quittiert werden: „endlich vernünftig geworden“ und im übrigen mit einem erleichterten Aufatmen unserer Freunde und Verbündeten begrüßt werden.

Wir werden somit zwangsläufig unsere Zustimmung geben müssen, ohne auch nur einen ideellen Gegenwert – von dem materiellen, der spätestens noch 1958 möglich war, ganz zu schweigen – zu erzielen. Sprechen wir dagegen heute und freiwillig unsere Anerkennung dieser Tatsache gewordenen Grenze aus, so können wir bei entsprechender wohlvorbereiteter Präsentation diese unsere Anerkennung als einen für uns besonders schwerwiegenden und schmerzlichen Beitrag zur Entspannung in der Welt herausstellen. Wir können somit die Anerkennung der Grenze immer noch als „Handelsobjekt“ benutzen, nämlich als Demonstration unseres immer wieder angezweifelten Willens zur friedlichen Verständigung und Entspannung. Dem Vorwurf des Revanchismus wäre die Spitze genommen. Aber wir müssen selbst handeln; wir dürfen uns nicht zu dieser Handlung zwingen lassen. Sie wird dann wertlos.

Unser Verhältnis zu den Ostblockstaaten wird zweifellos bei den sowjetrussischen Überlegungen zur Wiedervereinigung eine erhebliche Rolle spielen. Wir

⁹ Zur Frage der Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens vgl. Dok. 28.

¹⁰ Zur Auffassung der Bundesregierung, die Grenze zwischen Deutschland und Polen könne nur in einem Friedensvertrag festgelegt werden, vgl. Dok. 139, Anm. 18. Vgl. auch Dok. 29, Anm. 5.

¹¹ Für die entsprechenden Festlegungen im Kommuniqué vom 11. Februar 1945 über die Konferenz von Jalta vgl. Dok. 364, Anm. 9.

¹² Die DDR schloß am 6. Juli 1950 mit der Republik Polen ein Abkommen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen). Für den Wortlaut vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR I, S. 342 f.

¹³ Zur amerikanischen Haltung vgl. Dok. 217, Anm. 31. Zur britischen Haltung vgl. Dok. 145, Anm. 6. Zur französischen Haltung vgl. Dok. 197, Anm. 18.

müssen unsere Anstrengungen darauf richten, die in diesen Ländern mit einem gewissen Recht vorhandenen Gefühle der Furcht gegen uns zu neutralisieren. Selbst bei sowjetischer Zustimmung wäre eine Wiedervereinigung gegen die geschlossene Front der Satelliten kaum zu erreichen. Die Notwendigkeit, diese Angstgefühle zu beseitigen oder doch zu vermindern, liegt auf der Hand. Die hier aufgezeigten Vorschläge erstrecken sich nur auf die Hauptpunkte; die Detailarbeit ist nicht minder wichtig. Sie sollte vornehmlich auf dem handelspolitischen Gebiet geleistet werden.

IV. Die Alliierten

Unser Verhältnis zu unseren Verbündeten muß in diesem Zusammenhang kurz erwähnt werden. Eine Einflußnahme der neutralen Welt auf unsere Lebensfrage der Wiedervereinigung ist nicht zu erwarten, es sei denn im günstigen Sinn, weil jede zwangsweise geteilte Nation eine Gefahr für den Frieden bedeutet. Ich beschränke mich daher auf die USA, England und Frankreich.

Aus dem Vorstehenden geht klar hervor, welch überragende Rolle bei allen unseren Überlegungen den USA zukommt. Ohne ihren Schutz, ohne ihre Identifizierung mit unseren politischen Absichten und ohne ihre Unterstützung dieser Absichten würden wir weder unsere politische Existenz wirkungsvoll verteidigen noch unsere Ziele erreichen können. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die USA uns die Unterstützung unserer Pläne, die weitgehend ihren eigenen Vorstellungen entgegenkommen dürften, nicht versagen werden. Es spricht sogar einiges dafür, daß wir den Amerikanern, zumindest im Anfangsstadium, die Einleitung der notwendigen Gespräche mit den Russen überlassen. Ein solcher Modus procedendi hat offensichtliche Vorteile.

In maßgeblichen politischen Kreisen Englands ist, im Gegensatz zu der überwiegend deutschfeindlichen Presse, die Tendenz zu einer engeren Zusammenarbeit mit uns unverkennbar.¹⁴ Wir sollten diese momentan günstige Konstellation ausnutzen. Wir können, besonders in überseeischen Gebieten, durch Abstimmung mit den Engländern, die immer noch über die größte Erfahrung verfügen, mit Gewinn zusammenarbeiten. Ich habe in dieser Beziehung keinen verständnisvolleren Partner in Indien gehabt als den britischen High Commissioner Sir Paul Gore-Booth. – Wir sind m. E. vom gesamteuropäischen Gesichtspunkt aus an dem Beitritt Englands zur EWG wie an der Erhaltung des Commonwealth lebhaft interessiert. Die Zusammenarbeit mit dem Foreign Office sollte auf allen gemeinsam interessierenden Gebieten so weit wie möglich intensiviert werden. Die Engländer wären dafür in ihrer jetzigen schwierigen Lage nur dankbar.

Das Verhältnis zu Frankreich wird, solange de Gaulle lebt, immer problematisch bleiben, es sei denn, wir ordnen uns unter.¹⁵ Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag¹⁶ war ein Fehler. Man kann die Freundschaft zwischen zwei Völkern, wenn es dies überhaupt gibt, nicht durch Paragraphen fest-

¹⁴ Vgl. dazu zuletzt Dok. 424.

¹⁵ Der Passus „es sei ... unter“ wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

¹⁶ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

legen. Ihre Auslegung gibt stets mehr Anlaß zum Streiten als zur Zusammenarbeit. Besonders dann, wenn ein solcher Vertrag mit dem ausdrücklichen Vorsatz der Dominierung eines Partners abgeschlossen wird. Aber auch de Gaulle kann auf längere Sicht das von beiden Seiten bejahte gute Verhältnis zwischen den beiden Völkern nicht zerstören; er kann es bestenfalls auf Eis legen. Wir haben uns dementsprechend einzurichten und uns keine Illusionen darüber zu machen, daß de Gaulle die Bundesrepublik auf einen inferioren Platz zu stellen gedenkt. Er spricht heute die Sprache Moskaus, wenn es um deutsche Angelegenheiten geht.¹⁷ Aber die nüchterne Erkenntnis, daß es weder politisch noch wirtschaftlich ein Europa ohne Frankreich geben kann, zwingt uns, wenn nicht alles bisher Erreichte in Frage gestellt werden soll, manches in der Erwartung in Kauf zu nehmen, daß das höchst persönliche Regime de Gaulles nicht ewig währt. Die für ihn nicht gerade schmeichelhaften Wahlergebnisse¹⁸ werden ihn dagegen kaum veranlassen, die bisherige Linie seiner Außenpolitik zu verlassen oder zu ändern.

Um immer wieder genährten Illusionen entgegenzutreten: Das Verhältnis der Bundesrepublik zu jedem der drei hier erwähnten Staaten wird – dies ist in erster Linie historisch, aber auch emotionell bedingt – niemals die gleiche Intensität erreichen wie das Verhältnis jedes dieser drei Staaten untereinander. Es mag Trübungen, ernste Verstimmungen geben, aber im entscheidenden Augenblick wird das Bindende immer stärker sein als das Trennende. Ein Lafayette ist immer noch 10 Steuben wert. Der Versuch, den einen gegen den anderen zur Verbesserung unserer eigenen Position auszuspielen, kann vorübergehenden, aber kaum dauernden Erfolg haben. Es ist gut, diese Erkenntnis in die Gesamtkalkulation unserer Außenpolitik einzuordnen.

V. Schlußbetrachtung

Die hier niedergelegten Gedankengänge dienen vornehmlich dem Ziel, einen der gefährlichsten Unruheherde dieser Welt, das geteilte Deutschland, zu beseitigen, unsere notwendigerweise verkrampfte Außenpolitik von ihrer schwersten Hypothek zu befreien, unser Verhältnis zum Osten auf eine neue Basis zu stellen und im übrigen eine auf uns mit Sicherheit zukommende Entwicklung, soweit sie heute übersehbar ist, abzufangen und durch eigenes Tätigwerden in Bahnen zu lenken, die den deutschen Lebensinteressen und -möglichkeiten gerecht werden – und nicht nur den deutschen. Dieses Ziel ist sicherlich große Opfer wert, und es verlangt, daß auf eingefleischte und liebgewordene Tabus keine Rücksicht genommen wird. Manche Gedanken mögen schockierend wirken. Wenn wir aber aus dem Käfig, in den wir nicht ohne eigene Schuld hineingeraten sind und in dem wir mit dem Rücken an der Wand defensiv kämpfen, heraus wollen, müssen wir uns von den Vorstellungen freimachen, die uns in dieses zwar materiell angenehme Käfigdasein hineingebracht haben. Defensive auf die Dauer bedeutet Untergang, bedeutet Objektwerden, bedeutet den Verzicht darauf, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

¹⁷ Vgl. dazu beispielsweise Dok. 413, Anm. 27.

¹⁸ Zum Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen vom 5. bzw. 19. Dezember 1965 vgl. Dok. 445, Anm. 2.

Der Ost-West-Konflikt hat uns in den Nachkriegsjahren vor dem Schlimmsten bewahrt. Er hat den Wiederaufbau des zerstörten Landes in einem Maße beschleunigt, daß wir – in nie gekanntem Wohlstand lebend – vieles allzu schnell vergessen haben, auch die Verantwortung, die das Schicksal uns nach diesem Krieg, der unser Krieg war, aufgebürdet hat. Es ist an der Zeit, sich dieser Verantwortung zu entsinnen und unsererseits einen Beitrag dazu zu leisten, daß wenigstens in einem Gebiet dieser von Kriegen ständig bedrohten Welt eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und des friedlichen Zusammenlebens möglich ist.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bestand I-483: 290/2